

»Kürzungen wird es in der Kultur nicht geben«

Interview mit Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung lag die Verantwortung für die Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen bei einem Kulturstaatssekretär in der Staatskanzlei. Seit dem Regierungswechsel im Mai d.J. ist die Kultur wieder Bestandteil eines großen Ministeriums, das neben Familie, Kinder, Jugend und Sport auch für Kultur zuständig ist. Welche Schwerpunkte und neuen Ideen wird es in den nächsten Jahren geben? Wie kann sich die neue Kulturpolitik des Landes profilieren, nachdem in den vergangenen Jahren bereits viele innovative Akzente gesetzt wurden. Die Redaktion der »Kulturpolitische Mitteilungen« sprach mit der neuen Ministerin Ute Schäfer.

KuMi: Frau Schäfer, Sie sind jetzt seit wenigen Wochen im Amt als Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport. Haben Sie sich schon einen Überblick verschaffen können über Ihren Aufgabenbereich?

Schäfer: Einen ersten Überblick habe ich gewonnen, ja. Zahlreiche Gespräche habe ich bereits geführt, die ich in den nächsten Wochen noch weiter intensivieren werde.

Kultur ist jetzt nicht mehr in der Staatskanzlei untergebracht, sondern in einem Viel-Themen-Ministerium und rangiert darin an vorletzter Stelle. Was waren die Beweggründe dafür?

Ich sehe mein Ministerium anders. Mit Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport wurden zum ersten Mal in Nordrhein-Westfalen alle Bereiche der außerschulischen Bildung in einem Ressort zusammengeführt. Es ist neben Schule und Hochschule eines von drei Bildungsministerien. Dabei hat jeder Bereich – Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport – sowohl in der Gesellschaft als auch im Ministerium seinen eigenen Stellenwert. Darüber hinaus hat die Kultur jetzt wieder mit einer Ministerin eine Stimme im Parlament. Dafür haben wir viel Zuspruch erhalten.

Es gab in den letzten zwei Jahrzehnten – nicht nur in NRW – eine starke Verbindung der Kultur mit Wirtschaft und Stadtentwicklung. In Ihrem Haus ist Kultur mit den eher »weichen« Politikfeldern verbunden. Drückt sich darin eine stärkere programmatische Hinwendung zum Sozialen aus?

Viele Kommunen haben die Kultur längst als einen wichtigen Standortfaktor erkannt. Schauen Sie sich nur die Wachstumszahlen im Bereich des Kulturtourismus beispielsweise im Ruhrgebiet an.

Sie sprechen in einem Interview von der »Lebensbildung« als Klammer der verschiedenen Politikfelder Ihres Hauses. Was meinen Sie damit?

Wir haben uns viel zu sehr angewöhnt, von Bildung als etwas rein Kognitivem zu denken. Ein solcher Bildungsbegriff greift entschieden zu kurz, denn es kommt im Leben auf mehr an, als auf erlerntes und gelerntes Wissen. Wir wissen heute, dass ein großer Teil der Bildung in außerschulischen Bereichen stattfindet. Zur »Lebensbildung« gehören ästhetische Erfahrungen genauso wie das Erleben von Zusammengehörigkeit und Familie oder von sportlicher Anstrengung und Teamgeist.

Die Kulturpolitik des Landes hat in den letzten Jahren an Profil gewonnen. Viele Förderthemen sind hinzugekommen. Die programmbezogene Förderung hat gegenüber der institutionellen Förderung relativ an Gewicht gewonnen. Der inzwischen institutionalisierte Kulturbericht des Landes belegt dies für alle sichtbar. Welche Rolle sollte das Land aus Ihrer Sicht betonen und wo Schwerpunkte setzen?

Das Verhältnis von institutioneller und programmbezogener Förderung sollte aus meiner Sicht ein ausgewogenes sein. Beides muss sein Gewicht haben. Natürlich liegt uns die Förderung der langfristigen, kontinuierlichen Arbeit unserer Kulturinstitutionen sehr am Herzen. Inhaltlich wird in jedem Fall die kulturelle Bildung ein wesentlicher Schwerpunkt sein. Das haben wir im Koalitionsvertrag sehr deutlich gemacht. Kunst und Kultur müssen allen Kindern gleich zugänglich sein. Dafür wollen wir zum Beispiel den Kultur-Rucksack packen. Ziel ist es, Kindern die Tür zur Kultur so früh wie möglich zu öffnen, indem sie selbst kreativ gestalten können und freien Eintritt zu allen Kultureinrichtungen des Landes haben.

Kunst und Kultur gelten als wichtige Standortfaktoren und als Möglichkeit, sich in der internationalen Konkurrenz zu profilieren. Ein wichtiger Aspekt für Ihre Politik?

Nordrhein-Westfalen kann sich weltweit mit seiner ungeheuer dichten Kunst- und Kulturlandschaft und der Strahlkraft seiner großen Museen, Theater, Konzert- und Opernhäuser sehen lassen. Das ist ein wichtiger Aspekt unserer internationalen Kulturarbeit, die die Kunst und Kultur unseres Bundeslandes international bekannt macht und die zum Beispiel im Herbst 2011 in Polen präsentieren wird. Ein solcher kultureller Dialog auf internationalem Niveau hat für mich allerdings nichts mit Konkurrenzdenken zu tun, sondern eher mit dem Überschreiten von Grenzen und mit Verständigung. Internationale Kulturpolitik sollte nach meinem Verständnis ein Aufeinander-Zugehen sein.



Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
Foto: Ralph Sondermann

Die Vorgängerregierung ist im Jahr 2005 mit dem großen Versprechen angetreten, den Kulturförderetat zu verdoppeln und konzeptionell neu auszurichten. Sie hat Wort gehalten. Haben Sie auch ein großes Versprechen für die Kulturszene und für die an Kultur interessierten Menschen?

Auch die Vorgängerregierung wusste und hat öffentlich gesagt, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten schon viel erreicht ist, wenn der Status quo gewahrt werden kann. Das können wir versprechen. Kürzungen wird es in der Kultur nicht geben. Darüber hinaus haben wir uns in den Koalitionsverhandlungen darauf verständigt, dass wir für die Einführung des Kulturrucksacks zusätzliche Mittel bereit stellen.

Nordrhein-Westfalen hat sich als Modell-Land Kulturelle Bildung einen Namen gemacht. Die Programme »Jedem Kind ein Instrument« und »Kultur und Schule« stehen dafür. Jetzt soll »JeKi« auf das ganze Land ausgedehnt werden. Gleichzeitig soll ein »Kultur-Rucksack für jedes Kind« angeboten werden. Wie ergänzen sich diese Angebote? Und wie sollen sie finanziert werden, zumal die Mittel der Kulturstiftung des Bundes für »JeKi« doch zeitlich begrenzt sind? Wird es ein neues Gesamtkonzept für den Bereich »Kulturelle Bildung« geben?

Ja, ein solches Gesamtkonzept wird es in jedem Fall geben. Denn wir möchten, dass alle Projekte und Angebote ein sinnvolles, aufeinanderbezogenes Ganzes ergeben. Welche detaillierte Gestalt dieses Gesamtkonzept »Kulturelle Bildung« annehmen wird, auch mit Blick auf die Frage der Finanzierung, werden Klärungsprozesse in den kommenden Wochen ergeben. Dafür bitte ich um Verständnis.

Auch in der Vorschulerausbildung sollen Kunst und Kultur zukünftig eine größere Rolle spielen, haben Sie angekündigt. Wie soll das aussehen?

Die frühkindliche Bildung ist ein ausgesprochen wichtiger Bereich. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern, aber auch der Ausbau von Angeboten der Kulturinstitutionen. Im Rahmen des Landesprogramms »Kultur und Schule« gibt es bereits erfolgversprechende Modellprojekte im Vorschulbereich. Ebenso wie Künstlerinnen und Künstler aus allen Sparten der Kultur mit Projekten in die Schulen gehen, führen wir solche Angebote gerade auch schrittweise in den Kindergärten unseres Landes ein, mit sehr schönen Ergebnissen.

Die soziale Situation der Künstlerinnen und Künstler ist nach wie vor prekär. Viele leben an der Armutsgrenze. Was kann Landeskulturpolitik tun, um diesen Akteuren eine bessere Perspektive zu verschaffen?

Das Land kann über Stipendien Talente fördern. Das tun wir bereits. Darüber hinaus

Auszug aus dem Koalitionsvertrag zwischen der NRW SPD und BÜNDNIS 90 / Die Grünen NRW

Kulturelle Vielfalt stärken (...)

Vielfalt der Kultur vor Ort sichern

Weil aber der größte Teil der Kulturfinanzierung durch die Kommunen erfolgt, ist die verlässliche Finanzausstattung der Gemeinden durch den Bund und das Land die wichtigste Voraussetzung für den Erhalt und Ausbau der Kulturlandschaft in unserem Lande.

Daher streben wir an:

- im Rahmen der notwendigen Gemeindefinanzreform auf Bundesebene den Kommunen eine verlässliche und angemessene finanzielle Grundausrüstung zu garantieren;
- im Rahmen der Überlegungen zur Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes NRW für die Finanzierung der kommunalen Kulturausgaben eine Kulturpauschale (nach dem Muster der Sportpauschale und der Schulpauschale) vorzusehen.

Wir werden darüber hinaus prüfen, ob entweder – in Abstimmung mit der kommunalen Finanzaufsicht –, trotz bisheriger »Freiwilligkeit« der Kulturausgaben, auch für Kommunen in finanziell schwieriger Situation ein Grenzwert für die Kulturförderung gesichert werden kann, oder ob die kommunale Kulturförderung auf der Grundlage des Artikels 18 Absatz 1 der Landesverfassung zu einer rechtlich verbindlichen Pflichtaufgabe ausgestaltet werden muss. Deshalb wollen wir bis zur Mitte der Legislaturperiode die Frage klären, ob es ein Kulturfördergesetz für NRW oder spezielle Fachgesetze für einzelne Kulturbereiche, in denen das Land fördert, geben sollte.

Wir werden alle Anstrengungen zur Sicherung der kommunalen Theater- und Orchesterlandschaft unterstützen und prüfen, inwieweit und auf welchem Wege dazu die Erhöhung des Landesanteils an der Finanzierung möglich und notwendig ist. Dabei wollen wir alle Bemühungen unterstützen, die strukturelle Erneuerungen und sinnvolle Kooperationsmodelle im Theaterland NRW zum Ziel haben.

Das zentrale Projekt unserer Kulturpolitik in dieser Legislaturperiode ist der Ausbau der kulturellen Bildung. Kulturelle Bildung und ästhetische Erziehung sind Voraussetzungen für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

»Kultur-Rucksack für jedes Kind«

Zusammen mit allen Kulturträgern im Land wollen wir allen Kindern und Jugendlichen vom Kindergarten bis zum 16. Lebensjahr jedes Jahr ein Angebot zur Inanspruchnahme kultureller Aktivitäten machen. Dieser »Kultur-Rucksack für jedes Kind« besteht aus altersgemäßen Bildungs- und Kreativitätsangeboten aus allen Kultursparten. Er soll Kinder und Jugendliche so früh wie möglich an kulturelle Einrichtungen, aber auch an eigenes künstlerisches Tun heranführen. Der Eintritt in alle Kulturinstitutionen des Landes soll künftig für Kinder und Jugendliche frei sein.

Das »Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur« als Bildungs- und Orientierungsjahr für Jugendliche wollen wir weiter ausbauen und fördern.

Wir wollen die bisherigen Projekte im Bereich von »Kultur und Schule« verstetigen und streben an, sie in den Schulen strukturell verpflichtend zu verankern.

(...)

Das im Ruhrgebiet begonnene Projekt »Jedem Kind ein Instrument« und die parallel dazu laufenden Pilotprojekte in verschiedenen Landesteilen wollen wir auswerten, zusammenführen und mittelfristig schrittweise auf das ganze Land ausdehnen.

(...)

Wir werden prüfen, ob zur Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für alle Bereiche der kulturellen Bildung eine gesetzliche Regelung notwendig ist.

Wir werden die regionale Kulturpolitik als Gemeinschaftsaufgabe zwischen Land, Kommunen, Regionen, Verbänden, Wirtschaft und Zivilgesellschaft stärken und ihr neue Impulse geben.

Die freie Kulturszene und die soziokulturellen Zentren wollen wir verstärkt fördern. Die freien Kultureinrichtungen haben flexible Betriebsstrukturen entwickelt, die Förderungen hoch effizient einsetzen. Diese Verbindung innovativer ästhetischer Auseinandersetzung mit modernem Kulturmanagement ist ein zukunftsweisendes Modell.

Wir unterstützen Künstlerinnen und Künstler

Nur eine Minderheit der Künstlerinnen und Künstler kann allein von ihren kulturellen Tätigkeiten leben. Deshalb hat der Staat eine besondere Verantwortung für deren soziale Absicherung. Wir werden deshalb weitere Maßnahmen zur individuellen Künstlerförderung prüfen.

(...)

Wir befürworten den Abbau von Bürokratie in der Kulturförderung da, wo dies strukturell zu mehr Freiheit und Transparenz führt. Dabei soll das Zuwendungsrecht flexibel gestaltet werden.

(...)

Wir werden die reiche und vielfältige Bibliothekslandschaft in unserem Lande sichern und ihren Ausbau zu multimedialen Kommunikationszentren fördern. Zu diesem Zweck wollen wir die Aufgaben und die Finanzierung der öffentlich zugänglichen Bibliotheken in unserem Lande entweder in einem Bibliotheksgesetz NRW oder im Rahmen eines Gesetzes zur kulturellen Bildung neu regeln.

(...)

Die »Erinnerungskultur« bedarf der weiteren Unterstützung durch das Land. Dabei sollen die unterschiedlichen geschichtlichen Entwicklungsstränge unseres Landes angemessen berücksichtigt werden. Wir streben die Erstellung eines »Landeskonzeppts Erinnerungskultur« an.

(...)

Den europäischen und internationalen Kulturaustausch wollen wir unterstützen.

ermöglicht unser Landesprogramm »Kultur und Schule« vielen Künstlerinnen und Künstlern, die regelmäßig in Projekten an den Schulen unseres Landes arbeiten, ein zusätzliches Einkommen. Mit dem Ausbau der Ganztagschulen wird es hier zukünftig noch mehr Spielräume geben. Die Entwicklung von Kreativitätszentren ist ein weiterer Ansatz der Unterstützung. Wir wollen aber auch zusammen mit den Kollegen des Wissenschaftsressorts über zusätzliche flankierende Qualifikationsmöglichkeiten an den Kunsthochschulen nachdenken, zum Beispiel über Aufbaustudiengänge für kunstpädagogische oder kulturwirtschaftliche Berufsfelder.

Die rot-grüne Koalition möchte eine Kulturpauschale im GfG einfügen und für die Kulturförderung der Kommunen einen Grenzwert festlegen. Auch von einer »rechtlich verbindlichen Pflichtaufgabe« Kultur ist im Koalitionsvertrag die Rede. Was bedeutet das konkret?

Die finanzielle Sicherung von Kunst und Kultur in den Kommunen ist ein wesentlicher Punkt unserer kulturpolitischen Leitlinien. Bei der bevorstehenden Gemeindefinanzreform werden wir deshalb die Einführung einer Kulturpauschale prüfen, als Zweckbindung von Mitteln für die Kultur innerhalb des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Damit wollen wir verhindern, dass bei Nothaushalten und Sparbeschlüssen als erstes bei der Kultur der Rotstift angesetzt wird. Allerdings kann das nicht allein von unserem Haus entschieden werden.

Seit einiger Zeit wird von einigen Kulturpolitikern ein »Theaterpakt« gefordert, der die Finanzierung städtischer Bühnen sichern

helfen soll. Das Land wurde aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Wie stehen Sie dazu?

Die Theater in unserem Land zu sichern, ist ein zentrales Anliegen unserer Kulturpolitik und eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Unsere derzeitigen Überlegungen, wie das bewerkstelligt werden kann, stehen im Kontext mit einer neuen Gestaltung der Gemeindefinanz. Hier sind wir in einem intensiven Klärungsprozess.

Die angesprochenen ordnungspolitischen Maßnahmen sollen insgesamt die Zukunftsfähigkeit der kulturellen Infrastruktur sichern helfen. Wie weit oben stehen diese Vorhaben auf Ihrer persönlichen Agenda?

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Kulturlandschaft von unglaublicher Dichte und Qualität. Sie zu erhalten und zu fördern, müssen unsere wichtigsten Ziele sein.

Die Kulturhauptstadt Europas Ruhr.2010 geht jetzt langsam dem Ende entgegen. Wie bewerten Sie die kulturellen Impulse, die von ihr ausgegangen sind?

Ohne Zweifel sind von der Kulturhauptstadt über Nordrhein-Westfalen und Deutschland hinaus starke kulturelle Impulse ausgegangen, von denen die Kultur im Ruhrgebiet langfristig profitieren wird. In den nächsten Monaten werden wir uns mit den Beteiligten zusammensetzen, um zu diskutieren welche Projekte fortgeführt werden können.

Werden einzelne Projekte oder auch konzeptionelle Ideen aus Ihrer Sicht auf Dauer Bestand haben?

Das Konzept der Ruhr2010 hat sehr stark auf das partizipative Element gesetzt und damit großen Zuspruch erfahren. Deshalb gibt es viele Stimmen, die beispielsweise eine Wiederholung des »Day of Song« wün-

schen. Wir verschließen uns dem nicht grundsätzlich, wollen aber auch diesen Kulturhauptstadt-Highlights nichts von ihrer Besonderheit und Einmaligkeit nehmen. In jedem Fall wird es eine Weiterführung wichtiger Projekte geben, wenn Sie zum Beispiel an das Projekt »Emscherkunst«, das Dortmund U, unser Programm »Kreativquartiere« denken. Daran wird zurzeit gearbeitet. Das Programm »Jedem Kind ein Instrument«, das aus Anlass des Kulturhauptstadtjahres im Ruhrgebiet ins Leben gerufen wurde, wollen wir in jedem Fall in einer weiterentwickelten Form fortsetzen.

Die schreckliche Katastrophe der Love-Parade von Duisburg hat auch einen Schatten auf Ruhr.2010 gelegt. Ist die Organisation und Förderung von Massenevents Aufgabe der Kulturpolitik? Müssen wir nach Duisburg umdenken?

Das furchtbare Unglück auf der Love-Parade hat für uns alle einen Schatten auf das Kulturhauptstadtjahr geworfen, auch wenn die Love-Parade im Kern ein privat organisiertes und finanziertes Großereignis war. Grundsätzlich sollte es aus meiner Sicht immer eher eine Zurückhaltung der Kulturpolitik geben, Massenevents zu fördern. Mit Blick auf das Kulturhauptstadtjahr ist das aber differenziert zu sehen.

Es gibt mittlerweile einen parteienübergreifenden Konsens in der Frage, dass Kulturpolitik sich als Gesellschaftspolitik begreifen möge. Was halten Sie von dieser Definition? Welche gesellschaftspolitischen Herausforderungen sind dabei für Sie zentral?

Kunst und Kultur sind von zentraler Bedeutung für die Werteentwicklung und den

Wandel einer Gesellschaft. Gerade weil die Kunst Fragen stellt, unbequem ist und das auch sein muss, trägt sie dazu bei, dass wir Menschen wach und aufmerksam bleiben. Das ist gerade auch mit Blick auf die Teilhabe von allen Kindern und Jugendlichen an der Kultur ein ganz wichtiger Aspekt. Eine große gesellschaftspolitische Herausforderung für die Zukunft sehe ich in der Frage der Integration. Hier kann die Kultur, aber auch der Sport eine Schlüsselrolle einnehmen.

Die Fragen stellte Norbert Sievers.



Zum dritten Mal ist bereits im Sommer der Kulturbericht des Landes Nordrhein-Westfalen (Landeskulturförderung 2009) erschienen. Der von der Kulturabteilung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft erstellte Bericht gibt einen Überblick über alle Förderungen des Landes ab 20.000 Euro und bildet die thematische Struktur der Kulturförderung ab. Im Schwerpunkt wird im Bericht 2009 die »Landesinitiative Substanzerhalt« ausführlich beschrieben, nachdem in den vorausgegangenen Berichten das Kulturprogramm ARTENTION im Rahmen des Frankreich-Jahres (2008) und der Programmschwerpunkt »Kulturelle Bildung« (2006/07) vorgestellt worden waren. Auf diese Weise werden die programmatischen Schwerpunkte und Veränderungen der Landeskulturpolitik kontinuierlich und transparent dargestellt. Besonderes Merkmal dieses Berichtes ist, dass im Zahlenwerk im Anhang die Struktur und Entwicklung der Landeskulturausgaben einer ganzen Legislaturperiode abgebildet sind. Der Bericht ist kostenlos zu bestellen bei den Gemeinnützigen Werkstätten Neuss GmbH unter der Mail-Adresse stk@gwn-neuss.de (Publikationsnummer K062) oder Online unter: www.kultur.nrw.de/de/home/mediadatabase/kulturbericht_2009.pdf